

Interview mit Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, zur 100 Tage-Bilanz der grün-schwarzen Regierungskoalition (Schwäbische Zeitung, 18. August 2016)

Herr Strobl, die bundesweit erste grün-schwarze Regierungskoalition ist 100 Tage alt – und Sie sitzen Ministerpräsident Winfried Kretschmann noch immer?

Wir haben eine Koalition, wir machen keine Fusion. Für die Zeit dieser Regierung habe ich den Auftrag, an der positiven Entwicklung dieses Landes zu arbeiten, es zu schützen. Das heißt aber doch nicht, dass ich mit Herrn Kretschmann jeden Abend schunkeln gehen muss. Unsere Zusammenarbeit ist professionell und sehr an der Sache orientiert. Wir respektieren uns gegenseitig und haben ein verlässliches Arbeitsverhältnis. Das zählt.

Das gute Verhältnis zwischen den beiden Spitzenmännern Strobl und Kretschmann gilt gemeinhin als Motor für das Funktionieren der Koalition. Stimmt das?

Es gibt viele Gremien, in denen CDU und Grüne gut zusammenarbeiten. Und freilich arbeiten auch der Ministerpräsident und sein Stellvertreter vertrauensvoll und erfolgsorientiert zusammen – das war schon bei den Koalitionsverhandlungen so, und so ist es auch jetzt. Da wird nicht getrickst, wir spielen nicht über Bande.

Das grün-schwarze Bündnis hält also fünf Jahre? SPD-Fraktionschef Andreas Stoch hatte jüngst prophezeit, dass die CDU putschen und nach Neuwahlen rufen werde, sobald sie in Umfragen vor den Grünen liegt.

Der Wählerauftrag gilt für fünf Jahre. Darauf möchte sich auch Herr Stoch in der Opposition einstellen. Die beiden fast gleich starken Partner Grüne und CDU sind nach eingehender Prüfung ein Regierungsbündnis eingegangen. Das ist zwar noch keine sturmerprobte Eiche, sondern ein zartes Pflänzchen, das wir liebevoll pflegen, und es wird auch für diese Koalition bessere und schlechtere Tage geben – aber wir haben stabil und solide begonnen. Es geht ja auch nicht um uns, sondern um das Land und mehr als zehn Millionen Menschen. Wir geben dem Land eine sichere und robuste Regierung – für die gesamte Legislatur.

Ist ihre Haltung im CDU-internen Burka-Streit diesem Respekt vor ihrem Koalitionspartner geschuldet?

Wir sind uns in der Koalition einig, dass eine Vollverschleierung nicht zu einem weltoffenen Land wie Baden-Württemberg passt. Hier begegnet man sich mit offenem Gesicht und steht zu dem, was man sagt und tut. Es ist aber eine andere Frage, etwas mit einem Strafgesetz zu verbieten. Das hielte ich hier verfassungsrechtlich für nicht trivial und in der Umsetzung, im Gesetzesvollzug schwierig. Außerdem braucht man immer Partner, um etwas umzusetzen, und die sehe ich bei diesem Thema weder auf Bundes-, noch auf Landesebene. Wir fabulieren nicht über Dinge, die wir nicht umsetzen können. Die Wahrheit ist konkret! Wir wollen miteinander handeln, aber nicht miteinander händeln.

Hat der bisherige Bundespolitiker Thomas Strobl als nun Landesminister gar keine Phantomschmerzen?

Es ist schön, wieder dauerhaft in der Heimat und nicht mehr wochenweise als Gastarbeiter in Berlin tätig zu sein. Die Herausforderungen sind vielfältig und anspruchsvoll. Nach gerade gut zwei Wochen im Amt gab es eine Unwetterkatastrophe mit Überschwemmungen, Katastrophen- und Krisenmanagement, ein Ringen um die Ausweisung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsländer, dann eine Terrorlage mit Anschlägen auch in unserer Nachbarschaft. Wir waren ständig gefordert, wir haben Antworten gegeben, gehandelt. Und noch zu Berlin: Ich bin ja auch weiterhin CDU-Bundesvize und auch in den Sitzungen des Bundesrats in der Bundeshauptstadt, um dort die Interessen Baden-Württembergs zu vertreten.

Die CDU-Landtagsfraktion hat Sie – zumindest in Teilen – anfänglich nur grummelnd akzeptiert. Sie galten als der, der von Berlin kommt, der auch noch einige Posten an Leute von außen verteilt statt an die Abgeordneten. Hat sich das Verhältnis befriedet?

Da vernehme ich kein Grummeln mehr, die Zusammenarbeit ist sogar sehr gut. Vor der Regierungsbildung hatte ich übrigens ja auch selbstverständlich mit der CDU-Fraktion intensiv gesprochen und gesagt, dass ich meinen Wechsel nach Baden-Württemberg mit einem klaren Führungsanspruch verbinde. Das ist akzeptiert.

Für die CDU-Minister war es dem Vernehmen nach gewöhnungsbedürftig, wie straff Kretschmann Kabinettsitzungen führt. Manch einer sagt schon, er lasse sich in diesen Sitzungen nicht fortwährend den Mund verbieten. Folgen Sie Kretschmanns Ansatz, dass der Ministerrat zum Entscheiden und nicht zum Reden da ist?

Ein Kabinett ist kein Debattierclub, sondern ein Bündelungs- und Entscheidungsgremium. Das schließt natürlich nicht aus, dass man doch mal über den einen oder anderen Punkt spricht. Aber es sollte so sein, dass nur solche Punkte in den Ministerrat eingebracht werden, die gut und professionell vorbereitet sind und entschieden werden können. So machen wir das.

Der Unmut in der grünen und auch in ihrer Fraktion über die Nebenabsprachen zum Koalitionsvertrag war groß. Schließen Sie aus, dass es weitere Listen gibt, etwa eine Giftliste mit geplanten Sparmaßnahmen?

Natürlich gibt es weitere Absprachen. Es ist doch völlig normal, dass man sich auch über weitere Interpretationen unterhält. Im Koalitionsvertrag sprechen wir uns ganz klar und deutlich dafür aus, dass mit der Schuldenmacherei auf Kosten nachfolgender Generationen Schluss ist. Aber wir haben im Landeshaushalt ein Defizit vorgefunden, das viele Tausend Millionen Euro aufweist – das müssen wir korrigieren.

Stehen auf dieser Liste eine weitere Erhöhung der Grunderwerbssteuer? Und unterstützen Sie die Idee, den Vorwegabzug des Landes im kommunalen Finanzausgleich von derzeit 315 Millionen Euro zu erhöhen? Grün-Rot hatte zuletzt eine Senkung angestrebt.

Unser oberstes Ziel ist die Sanierung des Landeshaushalts. Da kann es keine Tabuzonen geben. Wir beenden die Politik auf Pump. Wie wir konkret vorgehen werden, wird bei den Haushaltsverhandlungen entschieden. Aber fest steht: Neue Schulden sind mit der CDU in der Zeit höchster Steuereinnahmen nicht zu machen. Das haben wir in der Koalition als erstes vereinbart. Alles andere wäre unseriös.

Fürchten Sie als Kommunalminister nicht, dass Sie bei der nächsten kommunalpolitischen Kundgebung des Gemeindetags von Hunderten Bürgermeistern ausgebuht werden – wie dies Kretschmann vergangenes Jahr erlebt hat?

Mir ist daran gelegen, dass wir eine verlässliche und langfristige Beziehung mit den Landkreisen und Kommunen pflegen. Die bisherigen Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden waren sehr konstruktiv. Es ging dabei gar nicht so sehr ums Geld, sondern etwa um die Chancen der Digitalisierung: um die Frage, wie wir gemeinsam dieses Zukunftsthema bewältigen. Und wir haben darüber gesprochen, wie wir eine bürgerfreundliche, moderne Verwaltung des 21. Jahrhunderts erreichen. Das sind die

Themen, die mich beschäftigen. Mein Eindruck ist, dass wir - das Land und die Kommunen gemeinsam - in den nächsten fünf Jahren gemeinsam etwas rocken werden. Da ist unheimlich viel Musik drin!

Karl-Heinz Wolfsturm, der Ombudsmann für die Flüchtlingserstaufnahme des Landes, hat gerade in unserer Zeitung dafür plädiert, Sonderunterkünfte einzurichten – etwa für behinderte Flüchtlinge, für allein reisende Frauen oder Homosexuelle. Unterstützen Sie die Idee?

Menschen, die um ihr Leben laufen, die vor Tod, Verfolgung, Vergewaltigung zu uns flüchten und besonders schutzbedürftig sind, will diese Regierung einen besonderen Schutz zukommen lassen. Wir wollen das in ein Gesamtkonzept einbinden.

Es mehren sich Berichte über Fälle, in denen Menschen, die nicht bleiben dürfen, auf ungewöhnliche Weise abgeschoben werden. Der Flüchtlingsrat berichtet von einem Fall nahe Freiburg, bei dem ein Gambier um 5 Uhr morgens aus der Bäckerei, wo er arbeitete, ins Abschiebegefängnis nach Pforzheim gebracht wurde. In Reutlingen sei ein junger Mann aus der Schule abgeholt worden. Ist das eine verschärfte Gangart unter ihrer Führung?

Wir verfolgen eine klare Linie: Denjenigen, die um Leib und Leben bangen müssen, strecken wir unsere Hand entgegen – und die wollen wir auch schneller und besser integrieren als bisher. Wenn aber jemand aus asylfremden Gründen hierher kommt und wenn dann nach einem rechtsstaatlichen Verfahren feststeht, dass er sich zu Unrecht hier aufhält, dann begegnen wir ihm mit der notwendigen Konsequenz. Wer das Land nicht freiwillig verlässt, wird abgeschoben. Das kann man auch nicht drei Mal vorher ankündigen, weil es sonst nicht funktioniert. Für diese konsequente Abschiebep Praxis stehe ich, das wissen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Polizei. Dementsprechend entwickelt sich die Abschiebezahl auch nach oben.

Wie genau?

Wir wollen den Druck hin zur freiwilligen Ausreise erhöhen. Und wir wollen dadurch auch ein Signal in diese Länder senden: Macht Euch nicht auf den Weg, um bei uns Asyl zu beantragen! Ihr werdet sehr schnell wieder da sein, wo Ihr herkommt – aber das Geld für den Schlepper ist dann weg. Wir haben die Abschiebezahlen im ersten Halbjahr 2016 im Vergleich zum Vorjahr um gut 60 Prozent gesteigert.

Glauben Sie, dass Sie gemeinsam mit Winfried Kretschmann die ganzen fünf Jahre diese Koalition anführen werden? Oder wird er Joachim Gauck als Bundespräsident beerben?

Vor der Wahl des Bundespräsidenten gibt es noch zwei Landtagswahlen – in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Deren Ausgang wirkt sich auf die Bundesversammlung aus, die den Bundespräsidenten wählt. Das wird am 12. Februar 2017 sein: Bis dahin fließt noch viel Wasser die Schussen, den Neckar und den Rhein runter.